

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung zu Hause monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Angebotspreis: Die 8-spaltige Seite 1,50 Mk. von anwärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach Hof. Tarif, die 3-spaltige Nachzahlung 5.— Mk. von anwärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945.
Erscheinung: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 180 | Freitag, den 5. August 1921 | 12. Jahrgang

Willkürherrschaft im Volkstag.

Ungeheuerliche Verhaftung zweier Abgeordneten. — Schümmer als Militärdiktator.

Den Vorgängen in der gestrigen Sitzung des Volkstages wird aus der parlamentarischen Geschichte kaum etwas auch nur Ähnliches zur Seite gestellt werden können. Der aus der Geschichte des Reichstages überlieferte Leutnant mit zehn Mann des Agrarierhüpfllings Oberburg-Januschou ist im Danziger Volkstage gestern zum ersten Male in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Bereits das kurzfristige Verbot der Demonstration hatte erkennen lassen, welche heillose Furcht nur schon die Ankündigung des gemeinsamen Protestes der arbeitenden Bevölkerung beim Senat ausgelöst hatte. Die vom Senat und den bürgerlichen Zeitungen mit den niedrigsten Mitteln gegen den Generalkrieg geführte Hege- und Verleumdungskampagne zeigte vollends, wie sehr sich der Senat der Schwäche seiner Position bewußt geworden war. Sonst hätte man doch wahrlich nicht zu den verwerflichsten Mitteln der bewußten Lüge greifen brauchen, um die Öffentlichkeit gegen den Massenprotest der Arbeiterschaft mobil zu machen. Die Vorgänge in der gestrigen Volkstagsitzung haben dann auch offenbart, was Eingeweihete schon immer behauptet haben, nämlich daß der Senat vollkommen den Kopf verloren hat. Sonst hätte es doch wahrlich nicht passieren können, daß ein einzelnes Mitglied des Senats derart einen Machtstrolch austoben läßt, wie es Senator Schümmer getan hat, als er dazu überging, unter Bruch der Verfassung zwei Abgeordnete aus dem Sitzungssaal verhaften zu lassen und im Anschluß daran den Volkstag unter eine Militärbittatur zu stellen. Wenn an dieser, selbst von führenden bürgerlichen Abgeordneten als Irrsinn bezeichneten unerhörten Provokation des Parlaments noch etwas zu mildern gewesen wäre, dann durch eine geschlossene Stellungnahme der übrigen Mitglieder des Senats gegen diese geschehenen Willkürakte. Anstatt dem anscheinend vollkommen überlegungslos gewordenen militärischen Machtheben entschieden abzuschließen, wurden auch die übrigen Mitglieder des Senats kopflos und gaben sich im späteren Verlauf der Sitzung sogar dazu her, diese unglaublichen Uebergriffe ihres Kollegenators zu decken, indem versucht wurde, in einer Senatsklärung die Verhaftung der Abgeordneten Rehn und Schmidt auf Grund des § 105 des Strafgesetzbuches zu begründen. Dieser Paragraph besagt in seinem Wortlaut folgendes:

105. Wer es unternimmt den Senat oder die Bürgerkammer einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundeslandes aneinander zu sprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.

Sicherlich ist es das erste Mal, daß der Versuch unternommen wird, diese Verurteilung des Strafgesetzbuches gegen Abgeordnete anzuwenden. Denn auch in dieser Paragraphen nur allgemein von Missetatungen die Rede ist, die darauf hinauslaufen, eine Parlamentssitzung zu sprengen oder Abgeordnete zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen, so kann er sich in keinem Falle auf Verbrechen beziehen, da diese in erster Linie der Verfassung und der Geschäftsordnung des Parlamentes entgegenstehen. Nach seinem ganzen Wortlaut und der bisherigen parlamentarischen Praxis ist ohne weiteres klar, daß diese Bestimmungen nur für den Parlament fernstehende Personen gelten können. Andernfalls hätte es ja auch kaum einen Sinn, daß sich die Parlamente eine verbotene Geschäftsordnung geben, um die Störung und Obstruktion einer Sitzung zu verhindern. Im übrigen würde die Anwendung dieses Paragraphen auch eine vollkommen unhaltbare Rechtfertigung der verfassungswidrig gewährleisteten Abgeordnetenrechte auf freie Ausübung ihres Mandates darstellen, da der Paragraph u. a. ja auch die Sprengung eines Parlaments unter Strafe stellt, während andererseits das Mittel der Obstruktion auf Aufhebung und Reichthumsfähigmachung einer Parlamentsitzung im parlamentarischen Leben allgemein üblich und rechtlich wohl kaum bestritten werden kann.

Wenn es überhaupt noch einen Sinn hat, den Artikel 105 des Strafgesetzbuches hier heranzuziehen, dann aber doch höchstens in einem Falle, wo von offenen Gewalttätigkeiten der Abgeordneten gegen andere die Rede sein kann. Davon konnte doch gestern in keiner Weise gesprochen werden. Für jeden, der noch einigermaßen Gefühl für die Würde eines Parlaments und der Abgeordneten besitzt, ist es doch eine Selbstverständlichkeit, daß es aufrichtige Abgeordnete ablehnen, unter der Bedrohung von Schupobeamten zu tagen. Die Opposition der Linken, die darauf hinauszielte, die sich in den Räumen der Abgeordneten breitmachende Schupo-

zu entfernen, war in Anbetracht der besonderen Umstände durchaus selbstverständlich. Anstatt der natürlichen Forderung auf Zurückziehung der Wache nachzukommen — zumal vorher im Aestenauspruch andere durchaus praktische Vorschläge zur Sicherung des Parlaments und des Leib und Lebens der Abgeordneten und Senatoren gemacht worden waren — verschärfte der Redner der deutschnationalen Fraktion die Situation, indem er die Protestdemonstration der Arbeiterschaft als eine politische Umsturzbewegung bezeichnete. Naturgemäß löste diese bewußte Unwahrheit die Erregung der Linken aus. Wenn selbst nun Abgeordnete der kommunistischen Fraktion den Redner fortlaufend unterbrachen und ihn dadurch am Weiterprechen hinderten und außerdem dazu übergingen andere Abgeordnete und Senatsmitglieder in ungehöriger Weise anzupöbeln und zu beschimpfen, so boten diese doch nicht zum ersten Male aufstrebenden durchaus zu beurteilenden Uebergriffe aber durchaus noch keinen Grund, Verfassung und Geschäftsordnung des Volkstages einfach außer Kraft zu setzen und an ihre Stelle die rohe Willkür treten zu lassen.

Nach der heute früh in der „Danziger Zeitung“ veröffentlichten Erklärung des Senats muß nun sogar angenommen werden, als wenn der Senat in Gemeinschaft mit dem Volkstagspräsidenten und der bürgerlichen Volkstagsmehrheit von vornherein beabsichtigt hat, mißseltige Abgeordnete unter Umständen zu entfernen. Anders ist doch kaum zu erklären, daß sich der Volkstagspräsident dazu hergeben konnte, sein ihm auf Grund der Verfassung zustehendes Hausrecht an die Polizeibehörde wie folgt zu übertragen:

„Auf Grund des Artikels 13 der Verfassung habe ich zur Ausübung der Polizeigewalt dem Ersuchen der Regierung und der Mehrheitspartei des Volkstages stattgegeben, ein genügend starkes Polizeiaufgebot in das Haus des Volkstages zu legen.“

Ich ermächtige die Polizeibehörde, die nötigen Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit und Abwendung von Gefahren und Unrechlichkeiten, sowie Verfolgung von Verbrechen im Rahmen der für die Polizei bestehenden Gesetze und Vorschriften zu treffen, gen. Matthaet.“

Diese Erklärung des Präsidenten ist aber genau das gleiche Stück aus dem Tonhause wie der brutale Verfassungsbruch des Polizeisenators Schümmer. Die Rechte, die der Präsident den Abgeordneten gegenüber hat, sind in der Geschäftsordnung des Hauses genau festgelegt. Diese Geschäftsordnung gibt dem Präsidenten durchaus nicht das Recht einzelne Abgeordnete gewaltsam aus dem Saale entfernen oder sogar verhaften zu lassen. Wenn Polizeibehörde zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Parlamentsgebäude herangezogen werden, so sind sie auch selbst durch eine entsprechende Erklärung des Präsidenten in keiner Weise ermächtigt nun etwa „Ruhe und Ordnung“ im Sitzungssaal unter den Abgeordneten herzustellen.

Wir wollen von den vielen mehr nebenlässlichen Kopfschmerzen der „Ordnungsgewalt“ im gestrigen Parlamente vorläufig absehen. Es war ein ergötzliches Bild für die Mitglieder, als Schümmer, nachdem er die beiden Abgeordneten unter größter Erregung des Hauses gewaltsam hatte entfernen lassen, hinter der von Schupobeamten gestellten Kassenkette von der Estrade erklärte: Meine Herren! Die Sitzung wird fortgesetzt! Es kam ihm in seiner Machtstrolcherei wohl kaum zum Bewußtsein, wie grotesk und lächerlich seine Annäherung auf alle andern im Saale noch anwesenden Personen wirken mußte. Seine dadurch offen bewiesene politische Majorität stand damit ungefähr auf der gleichen „Höhe“ wie die politische Unerfahrenheit des nach sehr jungen aber durchaus forschenden Schupoleitnants, der im Mißverständnis einer ihm überbrachten schriftlichen Aufforderung des Präsidenten die Mitglieder des hohen Hauses aufforderte „den Saal zu räumen!“ Ist man auch geneigt, diese kleinen Zwischenfälle mehr von der heiteren Seite zu nehmen, so ist es doch verblüffend typisch, daß die politische Auffassung eines christlichen Arbeiterführers und Senators über die Rechte und das Wesen des Parlaments ungefähr mit dem politischen „Verstand“ eines Monokeljäunlings übereinstimmt.

Wenn bisher schon in der Bevölkerung fast allgemein feststand, daß es so wie bisher mit dem Senat nicht weitergehen könne, so dürfte die gestrige Sitzung des Volkstages nachdrücklichst aller Kreise gelehrt haben, daß es höchste Zeit ist, grundlegend Wandel zu schaffen. Es muß nach den gestrigen Vorgängen im Volkstage leider befürchtet werden, daß einzelne kaum noch ihrer Vernunft mächtigen Senatsmitglieder ihr für den Freistaat so außerordentlich gefährliches Spiel

mit einer militärischen Willkürherrschaft über den gesetzgebenden Volkstag weiter treiben und damit den Freistaat vollkommen fremden Gewalten ausliefern. Die erste Lorbheit, die nach dieser Richtung bereits gemacht worden ist, ist die vom Senat unter unhaltbaren Bewandlungen versuchte Rechtfertigung des Schümmerischen Vorgehens. Daß sich selbst die noch so lange meistens noch einsichtsvoll gewesene „Danziger Zeitung“ bei all diesen Vorgängen zu dem Versuch aufschwingt — so schwer ihr das schließlich auch geworden ist — das Vorgehen Schümmers zu rechtfertigen und die Berufung des Senats auf das Strafgesetzbuch und Verfassung als unanfechtbar zu bezeichnen, ist uns geradezu unverständlich. Wenn in der jetzigen Stunde etwas nottut, so ist es ein offenes Wort dahingehend, daß Schümmer durch seine gestrige Vergewaltigung des Parlaments unmöglich für befähigt gehalten werden kann, seinen Posten weiterhin zu führen. Besonders auch mit Rücksicht darauf, daß er neben all seinen ungeheuerlichen Uebergriffen, weder nach innen und außen der Mann ist, dem weiterhin genügend Vertrauen auf die durchaus notwendige demokratische Führung der Realisierungsgeschäfte entgegengebracht werden kann. Auch der Senat wird, wenn er den Freistaat nicht ganz zum Spiel aufstehender Mächte werden lassen will, auch jetzt noch den Mut haben, müssen, von Schümmer entsetzt abzurücken. Wenn uns jemals zur Lösung der bestehenden innerpolitischen Schwierigkeiten die Neuwahl des Volkstages notwendig ersicht, dann liegt dem Volke selbst muß die Verantwortung annehmen, die dessen im Volkstage ausgesprochene innere Krise zu lösen und dabei gleichzeitig die Zusammenlegung des Volkstages so zu korrigieren, daß der Freistaat weder wirtschaftlich noch politisch vollkommen dem Abgrund überliefert wird.

Der Verlauf des Generalkriegs.

Weber die mit allen Mitteln betriebene Hege, noch die Androhung der Prokossmachung und das umfangreiche Sicherheitsaufgebot haben die arbeitende Bevölkerung abgeholt, ihren Protest gegen die zunehmende Verelendung rührungsvoll zum Ausdruck zu bringen. In allen Großbetrieben, den städtischen Betrieben und in den meisten Kleinbetrieben ruhte die Arbeit. Soweit sich Arbeitswillige eingefunden hatten, war es eine dort geringe Zahl, daß von einer Aufrechterhaltung der Betriebe nicht die Rede sein konnte. Selbst die gegen den Generalkrieg scharf gemachten christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeiter waren fast geschlossen der Generalkriegsparole gefolgt. So lagen selbst Betriebe wie Schichau, Neufahrwasser Zuckerrabrik und der Hafen, wo diese Gruppen immerhin nicht einflusslos sind, fast ganz oder vollkommen still. In der Holzindustrie, Transportgewerbe, und in den andern Berufen wie Buchdrucker, Bauarbeiter, Tischler, Maler usw. ruhte die Arbeit ebenfalls vollkommen. In Zoppot lag das Elektrizitätswerk still. Sämtliche Hotels, die größeren Gasthäuser und auch das Theater blieben geschlossen. Auch das Konzert im Rurgarten fand nicht statt. Auch in Dillva und andern nennenswerten Orten des Freistaates waren die Betriebe nicht in Tätigkeit.

Wenn auch die an anderer Stelle erwähnten Vorgänge im Volkstag die Auswirkung des Massenprotestes verhinderten, so kann dennoch festgestellt werden, daß die einheitliche Willensfindung der Arbeiterschaft eine eindrucksvolle Mahnung an die regierenden Kreise war, den Bogen nicht noch weiter zu überspannen. Diese Mahnung gewinnt um so mehr an Eindruck, als weite Kreise der Bürgerschaft, trotz der in der bürgerlichen Presse gebrachten vollständig irreführenden Zahlenkunststücke über die Streikbewegung mit ihren Sympathien auf Seiten der Protestbewegung waren. Daß selbst die Anhänger der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften so gut wie geschlossen den Generalkrieg mitmachten, sollte dem Senat Beweismittel sein, daß er seine Politik der Verelendung der breiten Volksschichten unbedingt aufgeben muß, wenn es nicht zu ernstlichen Konflikten kommen soll.

Der bevorstehende Herbst und Winter bringen die Gefahr, daß sich die Zustände bei der Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik noch weiter verschlechtern. Die Arbeiterschaft wird gegen jede weitere Verschlechterung ihrer Lage energigisch Front machen, da sie nicht gewillt ist, auf Kosten einer unsfähigen Regierung und des Profitinteresses einer kleinen Klasse sich vollständig verelenden zu lassen. Der gestrige Tag hat dem einheitlichen Willen der arbeitenden Bevölkerung zur entschiedenen Abwehr dieser Bestrebungen Ausdruck verliehen. Mögen Senat und Volkstag ihre Lehren daraus ziehen.

Internationalisierung oder Teilung Oberschlesiens?

Kurz vor dem Zusammentritt des Obersten Rates, der nun angeblich endgültig und bestimmt am 8. August erfolgen soll, hat ein Teil der französischen Presse begonnen, sehr lebhaft das Projekt einer Internationalisierung Oberschlesiens zu erörtern. Der Plan geht von dem Gedanken aus, daß Oberschlesien ein unerreichtbares Ganzes bildet, daß aber eine Verteilung ganz Oberschlesiens an Polen — an Deutschland nach französischer Auffassung natürlich erst recht — unmöglich ist. Um Oberschlesien trotzdem ungeteilt erhalten zu können, schlägt man also ein internationales Regime vor, als dessen Repräsentant mitunter der Völkerbund gedacht wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Plan auch im Obersten Rat besprochen werden wird.

In Polen, wo man im Punkte Oberschlesien etwas heftiger ist als bei uns, hat dieser Plan schon ziemlich große Aufsehen erregt, und schon am 29. Juli hat der Ministerpräsident Witos im Warschauer Parlament erklärt, daß der augenblickliche Stand der ober-schlesischen Angelegenheit nicht dazu angetan sei, Polen zu befriedigen. Eine Warschauer Meinung sehr erklärend hinzu, es sei ganz besonders die Möglichkeit der Unterstellung des Industriegebietes unter alliierte Verwaltung, die große Beunruhigung hervorruft.

Man kann aber in diesem Fall wirklich nicht sagen, daß die Güte des einen die Mächtigkeit des andern sei. Wenn das Projekt der Internationalisierung in Polen große Beunruhigung hervorruft, so ist es deshalb doch nicht geeignet, bei uns Befriedigung zu wecken. Im besten Fall ist dieser Plan eines von zwei Uebeln: Das andere ist eben die Teilung. Wenn man aber weder weiß, wie im Einzelnen die Internationalisierung gedacht ist, noch wie die Teilung erfolgen wird, falls die Internationalisierung verworfen wird, ist es schließlich unmöglich zu sagen, welches von diesen beiden Uebeln das kleinere sei. Eher sicher spricht gegen die Internationalisierung der Umstand, daß sie auch nur wieder ein Auswärtigenmittel äußerer Verlegenheit und ein Despotismus ist. Wenigstens sieht man, solange nicht ein ausgearbeitetes Projekt vorliegt, in keiner Weise, wie verhindert werden soll, daß Oberschlesien dann dauernd ein Streitobjekt zwischen den Mächten bleibt und von immer neuen Krisen erschüttert wird.

Zu dem Plan der Internationalisierung ist aber noch eines zu bedenken, was aller Wahrscheinlichkeit nach entscheidend ist. Der Friedensvertrag von Versailles läßt nur drei Möglichkeiten offen: Erstens, daß Oberschlesien ganz zu Deutschland, zweitens, daß es ganz zu Polen kommt, und drittens, daß es zwischen Deutschland und Polen geteilt wird. Etwas Ähnliches aus Oberschlesien zu machen wie etwa das Saarland oder Danzig, erlaubt der Friedensvertrag nicht. Das Projekt der Internationalisierung kann also nicht verwirklicht werden ohne eine Änderung des Friedensvertrags, wobei neben den Alliierten auch Deutschland und Polen Kontrahenten wären. Der Einspruch eines der beiden Teile würde die Realisierung des Planes sofort verhindern, vorausgesetzt natürlich, daß der Friedensvertrag nicht als ein Gegenstand behandelt wird.

Rathenaus Weg.

Kurt Marx war es, der einmal auf das Proletariat den Satz formuliert: Dieses Geschlecht gleicht den Juden. Schicksalsgemeinschaft zwischen den beiden. — Der Versäuerter Frieden hat ein ganzes Volk verflucht und in die Gefangenenschaft geführt. Von der „Kriegspolizei Anarchie“ in das Land der Freiheit führt der Weg durch die Wüste. Die Diktatorien über die Milliardenzahlungen zeigen, daß der Weg ein recht langer werden wird und daß in der Wüste wohl ein ganz neues Geschlecht heranwachsen wird, das erst nach einer furchtbaren Wanderung zur Freiheit und zum Wiederaufstieg gelangen wird.

Das schwerste Stück Arbeit während dieser Wüstenwanderung wird für das deutsche Volk der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft sein. Ungeheure Opfer, ungeheure Anstrengungen werden das wieder gutmachen, was ein Geschlecht des Christentums und der Ueberhebung gesündigt hat. Es war schon Kurt Eisners Gedanke, aus dem Wiederaufbau der nordfranzösischen Wüste ein Mittel der Verständigung zwischen den beiden Völkern zu machen, deren Feindschaft das Unglück Europas, deren Grundhaft die Rettung Europas bedeutet. Kurt Eisner fiel. Der Feind, der ihn niederschlug, ist der gleiche Feind, der diesseits und jenseits des Rheins immer wieder Unkraut sät unter dem Weizen, den die geduldige Arbeit haben wie drüben anbauen will. Kurt Eisner glaubte, schließlich sogar einen Clemenceau mit fortzureißen. Mitleid war das eine Wüste. Jedenfalls hat sein vorzeitiger Tod den großen Versuch verhindert. Der Haß schon in Deutschland und Frankreich wieder neu in die Holme. Es wird größerer Mittel bedürfen, zwischen den beiden feindlichen Völkern die Verständigung anzubahnen. Das größte Mittel ist jedenfalls das des Wiederaufbaus Nordfrankreichs. Aus der Schändlichkeit des Krieges kann ein Land, ein Herz des Friedens und der Verständigung werden, wenn der Geist, der den deutschen Wiederaufbauminister besetzt, auf französischer Seite Verhandlung und Entgegenkommen findet.

Für Deutschland jedenfalls bedeutet der Wiederaufbau Nordfrankreichs einen Zwang — zum Guten. Wie die Verhältnisse, Bedrückungen, die Ausbeutung des deutschen Volkes durch den Versäuerter Frieden an allen Ecken und Enden des deutschen Reiches gerade die Kräfte wachrufen, die das Volk vor dem Verfall bewahren, so schafft auch der Zwang, die nordfranzösischen Wüste in neues Kulturland zu verwandeln, im deutschen Volke neue Lebensenergien, neue Gedanken, neuen Mut, um neue Wege zu beschreiten.

Rathenau hat vor dem Reichswirtschaftsrat seinen Plan in großen Strichen gezeichnet. Der Schritt, der hier mit großem Mut vorwärts getan wird, ist ein Schritt zum Sozialismus. Das muß gesagt werden, auch auf die Gefahr hin, daß der pervertierte Haß der reaktionären Elemente sofort bei dieser Bemerkung einhaften wird, auch auf die Gefahr hin, daß kleinhändige Seelen in dem Schritt Rathenaus den Sprung ins Dunkle fürchten.

Etwas Neues wird von Rathenau verlangt. Ein ganzes Volk, eine ganze Volkswirtschaft muß sich an die Arbeit, um ein bestimmtes Ziel zu schaffen, ein Ziel des Friedens. Früher stand das Volk zum Teil nur dann in seiner Gesamtheit auf, wenn die Kriegsgewalt durch die Wälder ging. Jetzt will das deutsche Volk ein Kolonialisationswert größeren Stils schaffen, größer als die Kolonialarbeiten der Engländer in Kongo — ein neues Weltwunder!

Was ist sozialistisch an dem großen Nationalstreit, den Rathenau plant? Die ganze Organisation der Arbeit, die Ausschaltung der freien Konkurrenz, die Beschränkung der Gewinne, die Schaffung eines Ausgleichsfonds, der Charakter der Arbeitsteilung und noch viele andere Punkte zeigen sich, die, wenn sie erst einmal zum Sprichwort und Wachsen kommen, im Laufe der Jahre zeigen werden, wie dem deutschen Volk in Folge der Not aus einem unentzerrbaren Schicksal heraus alles zum — Sozialismus ausschlagen muß. Das Wiederaufbauwerk bringt, selbstverständlich nicht mit einem Schlag und in der ersten Minute, aber auf die Dauer mit unerbittlicher Konsequenz, die den Ringen zwischen Kapital und Arbeit Kräfte und Kräfte, die der Arbeit zugute kommen. Der Kapitalismus, der im Versäuerter Frieden sich selbst übertrifft hat, sieht sich in dem Streben, der die nordfranzösischen Wüste in einen Garten verwandeln muß, seine eigenen Totengräber heraus.

Er ist wieder da!

Nicht etwa Wladimir, sondern Rapp, der Meister des Vatikans! Der „Welt am Montag“ wird von einem Vetter mitgeteilt, daß der Urheber des Rapp-Vertrages, Dr. Rapp, wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist und sich auf Schloß Söbe bei Goslar in Thüringen niedergelassen habe.

Soll dieser Hochverräter nun nicht bekanntlich gefaßt und hinter Gitter und Kegel gesetzt werden, damit das Strafverfahren gegen ihn endlich vorwärts geht?

Die Unifizierungspolitik in Polen.

Dr. G. Bei seinem ersten Besuch in Polen erklärte der neuernannte Minister für die ehemals preussischen Gebiete Trzcinski in einer Unterredung mit Pressevertretern, seine Hauptaufgabe sehe er in der allmählichen, aber völligen Verschmelzung des Reiches mit dem übrigen Polen. Vor der Verschmelzung soll jedoch die vom Sejm beschlossene Autonomie des Gebietes vollständig durchgeführt werden. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten dürften gegen Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Eine Flaggenaffäre in Warschau.

(D. E.) Die sowjetrussische Flagge über dem Eingang zum Geschäftshaus der russisch-ukrainischen Kommissions in Warschau ist von unbekanntem Täter zerissen worden. Eine andere Sowjetflagge, die hoch über dem Gebäude angebracht war, ist gänzlich verschwunden. Dem Vorfall gingen Notizen in einigen Zeitungen voraus, in denen der auffallende doppelte Flaggenzerstoß als provokatorische Demonstration bezeichnet wurde. Der Chef der Sowjetmission Ignatow erklärte im sowjetrussischen Warschauer „Woskreseni Golos“, daß die Sowjetregierung eine Feststellung und entsprechende Bestrafung der Schuldigen erwartet. — Nachdem die Unterstaatssekretäre, von deren Erledigung Tschichserin die Ankunft des russischen Gesandten für Warschau abhängig gemacht hatte, eine Lösung gefunden haben, trifft die russische Sowjetvertretung nunmehr am 3. August in Warschau ein; sie wird im Hotel de Rome untergebracht werden.

Polen und die Nachbarstaaten.

(D. E.) Der polnische Gesandte in Riga Semienoch hat seinen Kollegen verfaßt; ein Nachfolger ist noch nicht in Aussicht genommen. Die „Racjonalista“ bringt den Rücktritt Semienochs in Zusammenhang damit, daß der neulich erstellte Zusammenschluß Estlands, Letlands und Litauens für Polen eine seltene Überraschung war und einen Mißerfolg der polnischen Politik Ostland gegenüber bedeute. Demgegenüber betont die polnische Regierung in einem offiziellen Communiqué über die Ergebnisse der Heilingforscher Konferenz, daß auf der Rigauer Konferenz der drei baltischen Staaten keinerlei politische Abmachungen getroffen seien, die sich gegen Polen richten. Die in Heilingfors vertretenen Staaten hätten sich verpflichtet, an keinerlei Abmachungen sich zu beteiligen, die gegen einen der an der Konferenz beteiligten Staaten gerichtet wären. Die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen sei von den Verhandlungen der Konferenz ausgeschlossen gewesen.

Kurz Wliza wird gemeldet, daß russische Vorkämpfer im Laufe der letzten Woche die Grenzposten der 3. Sowjet-Gruppen in der Gegend von Dissenk mehrfach überfallen haben. Vertreter der Kommission des Völkerbundes haben sich an Ort und Stelle begeben, um weiteren Zwischenfällen vorzubeugen.

Zusammenkunft der Internationale.

Anlässlich des Jubiläums der dänischen Sozialdemokratie sind in der letzten Woche in Kopenhagen die Delegierten der sozialdemokratischen Partei von elf Ländern versammelt gewesen. Anwesend waren außer den Vertretern der skandinavischen Länder einschließlich Finnlands und des ferneren Ostlands die Delegierten von Belgien, Deutschland, England, Georgien, Holland und der Tschechoslowakei. Es wurde allseitig bedauert, daß die Deutsch-Oesterreicher und die anderen der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien diesem Festtage der tapferen dänischen Bruderpartei ferngeblieben waren. Seit dem Senjer Kongreß waren die Parteien der zweiten Internationale nicht so zahlreich vertreten gewesen; deshalb nahm man inmitten der ehebenden Ver-

anstaltungen des dänischen Festes die Gelegenheit wahr, zu einem internationalen Meinungsaustausch zusammenzukommen. In Verfolg eines Beschlusses des Parteitagess der Labour Party und der letzten Gesamtsitzung der Internationale wurde beschlossen, im November eine internationale Zusammenkunft einzuuberufen, zu der auch mit der Teilnahme der Vertreter der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft gerechnet wird. Tschichserin sprach als Vertreter der georgischen Sozialdemokratie. Die Versammlung erklärte sich mit dem Londoner Beschluß einverstanden, wonach sich die 2. Internationale zur Teilnahme an einer partiellen Kommission bei einer Volksabstimmung über das Schicksal des georgischen Volkes erklärt. Das Wort hat jetzt die Sowjetregierung. Mit einer Ablehnung dieses Angebotes will sie der Welt beweisen, wie wenig ihr an Wunsch und Anspruch des arbeitenden Volkes gelegen ist, und daß ihre soj. Diktatur des Proletariats auch nicht besser ist als die Knutenherrschaft zaristischer Generale.

Es wurde ferner die Herausgabe eines regelmäßigen Bulletin der 2. Internationale durch das Sekretariat in London beschlossen. Soeben ist die 1. Nummer dieses Bulletin in drei Sprachen, deutsch, französisch und englisch, verfaßt worden; sie enthält eine Zusammenfassung sämtlicher Beschlüsse der 2. Internationale seit ihrer Ausgründung in Genf.

Ein Mahnung an das Gewissen der Welt.

Dresden, 2. Aug. (B. L. B.) In einer von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach heute Reichstagsabgeordneter Wirth über die wirtschaftliche und politische Lage. Er führte u. a. aus: Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Ueberzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Oberschlesiens. Deutschland begrüßt heute Stimmen des Rechtes mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals herüberspricht. Deutschland begrüßt mit Dankbarkeit, daß aus dem Munde fremder Staatsmänner der Gedanke von Gerechtigkeit und Wohlstand der Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck kommt. Es wäre Sabotage des großen demokratischen Weltwerks, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korsantys in Oberschlesien zur Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus:

Macht den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergang weihen wollt.

Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Unglücksstunde jenes ersten Ultimatum. Soll das neue Ultimatum neue Bestärkung über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Wirrwarr hindurchgeführt werden. Todeschatten lagern über dem Kontinent, der der Bringer des Rechts und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte. Völker regieren in Warschau politische Leidenhaft und grenzenloser Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Lage gehabt als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten. Die großen und einheitlichen Richtlinien der Reichspolitik sind der Gedanke der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, der große Gedanke der Arbeit, des Rechts und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm faïres Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit und Demokratie dürfen nicht enttäuscht werden.

Die Bordschmach am Rhein.

Für die Besatzungstruppen sind allenthalben in den Städten öffentliche Häuser errichtet worden, die Standeils und desmoralisierend auf die Bevölkerung wirken müssen. Eine genaue Feststellung aller im besetzten Gebiete bestehenden Bordelle war selber bisher nicht möglich. Es existieren aber bestimmt öffentliche Häuser: In Kreuznach 1 für farbige französische Truppen, in Bad Ems 1, in Saarbrücken 2 für Militär (allgemeine), in Wiesbaden 1 anstehend nur Marockanerinnen enthaltend (das Haus ist von den französischen Behörden requiriert worden), ferner 2 mit weißen Mädchen, in Diez 1 mit arabischen Mädchen (das Haus ist ebenfalls von der Besatzung requiriert worden), in Langenschwalbach 1, in Höchst a. M. 2 (die der Stadt 29 000 M. Einrichtungs-kosten verursachten), in München-Bladbach 1, in Speyer 1 (das auf Anordnung des französischen Platzkommandanten errichtet und an einen Unternehmer verpachtet wurde), in Ludwigshafen 1 (das sich im 1. Stock eines großen von Lindebrecht Familien bewohnten Hauses befindet), in Kaiserslautern 1, in Landau 1 (ebenfalls auf Anordnung des französischen Kommandanten errichtet, wozu nur französischen Soldaten Zutritt gestattet ist), in Mainz 1 mit arabischen Mädchen (ausschließlich für farbige Truppen bestimmt), in Bingen 1 (was der Stadt 40 000 M. Einrichtungskosten verursacht hat). In Worms wurden vorhandene Bordelle stärker mit Mädchen besetzt, in Rostheim befindet sich 1 mit arabischen Mädchen. — Kulturarbeit der grande Nation!

Moskaus Werben um die R. A. P. D.

Das neuernannte Exekutivkomitee der 3. Internationale veröffentlicht in der „Pravda“ eine Erklärung, daß es beschlossen habe, sich nochmals mit einem ausschließlichen Schreiben an die Mitglieder der R. A. P. D. zu wenden, obwohl die letzte Rundgebung der Zentrale der R. A. P. D. über den Kongreß der 3. Internationale den Tatsachen nicht entspreche und eine Kriegserklärung an die 3. Internationale darstelle. Die R. A. P. D. soll nur um Antwort binnen zwei Monaten ersucht werden. Bis dahin soll ein Delegierter der R. A. P. D. an den Arbeiten der Exekutive mit beratender Stimme teilnehmen. Zur bevorstehenden Konferenz der R. A. P. D. wird die Exekutive eine besondere Delegation entsenden.

Der Aufbau der Einheitschule.

Welche unendlichen Kräfte schlafen im Schoße der Nation unentdeckt und unbenutzt! In der Brust von tausend und aber-tausend Menschen wohnt ein großer Genius, dessen ausstrebende Flügel seine kleinen Verhältnisse lähmen! rufft Ozeanau ange-sichts der Kräfteentwicklung der großen französischen Revolution aus und wohnt wir alle fühlen, daß dies Wort noch heute eine große Wahrheit darstellt. Wir wissen aber auch: Nichts hat den einfachen, aufstrebenden Arbeiter mehr erbittert, als der Ausschluß von der Bildung, von der Entwicklung seiner Geisteskräfte. Und nichts ist besser geeignet, ein innerlich wirklich einiges Volk zu schaffen, als die Demokratisierung oder Sozialisierung des gesamten Bil-dungswesens.

Veber einstimmend mit der deutschen Lehrerschaft fordert darum die Sozialdemokratie seit langem für das Volk die Einheitschule im Gegensatz zu den bisher bestehenden Ständes- und Konfessions-schulen. Auch die demokratische Partei schließt sich im ganzen und großen dieser gerechten und für das Volkwohl bedeutungsvollen Forderung an. Seldner neigt sie in letzter Zeit dazu, wesentliche Gründe für wirtschaftliche Vorteile leichtsinnig zu opfern, wie wir das hier in Danzig bei der Verfassungsberatung gesehen haben.

Ohne Zweifel herrscht in der Arbeitererschaft ein ernsthaftes Streben nach Wissen und Bildung. Aber hindert den einen seine wirtschaftliche Notlage, erwidert dem andern die mangelhafte Grundbildung das Verständnis, so ist der größte Teil durch seine körperliche und geistige Verfassung überhaupt von jeglicher tieferen Bildung ausgeschlossen. Nur an unserer Jugend können die Sän-den gegen den Stand aufgemacht werden. Ihr müssen schon ganz andere Grundlagen und Anreize zum Bildungsstreben geboten werden. Das Wort: freie Bahn dem Tüchtigen, muß endlich zur vollen Mächtigkeit werden. Der neue Volksstaat verlangt neue Pflichten und stellt neue Aufgaben jedem Staatsbürger. Zu deren Erfüllung ist eine ganz andere Erziehung notwendig. Geltingt diese nicht in gewöhnlicher Weise, d. h. kann der Staat den Willen und die Intelligenz seiner Bürger nicht für die neuen Aufgaben reif machen, so wäre er vor zunehmenden Versuchen zur Errichtung einer Diktatur genügend gewarnt.

Wohl es mir mit Hilfe der Einheitschule möglich ist, einem jeden die seinen Anlagen am besten entsprechende Bildung zuteil werden zu lassen, die schroffen sozialen Gegensätze zu beseitigen und die konfessionellen Spaltungen zu überbrücken, so haben die vor-wärtlich und aufwärts strebenden Volksteile im Verein mit den be-deutendsten Männern der Erziehungswissenschaft und mit der weitläufig überwiegenden Zahl der Lehrer mit solchem Nachdruck ihre Forderung gefordert, daß die Regierungen, auch die Danziger, nicht anders konnten, als mit dem Abbau der alten Ständeschulen und dem Aufbau der Einheitschule zu beginnen.

Wenn auch die von den bedeutendsten Schulmännern ent-worfenen Aufbaupläne für die Einheitschule noch stark von einander abweichen, so steht doch der folgende Grundriss fest:

1. Alle Kinder besuchen zunächst 8-4 Jahre die Grundschule.
2. Die Durchschnittsgebanten treten in die Bürgerschule über, die intelligenteren in die Mittelschulen.
3. An die Bürgerschule schließen sich die Fortbildungs- und Be-rufsschulen, an die Mittelschule die höheren Berufsschulen für zukünftige Beamte und Kaufleute und für diejenigen, die stu-dieren sollen und wollen, die Oberschule.
4. Von der Oberschule führt der Weg zu den Hoch- und Fach-schulen.
5. Volkshochschulen, wissenschaftliche Forschungs- und Kunst-institute bilden den Abschluß.

Welche grundsätzliche Forderung die Durchführung der Einheits-chule im gesamten Bildungswesen mit sich bringt, wird am schärfsten beleuchtet durch Lenkungswörter, der beiden Fragen: Wie war es bisher? Wie soll es in Zukunft sein?

Welche Schule ein Kind besuchen konnte, das bestimmten bisher lediglich Besitz und Stellung der Eltern. War ein von beiden in genügendem Maße vorhanden, so durfte der kleine Bürger teilweise nicht mit den gewöhnlichen Kindern zusammen auf einer Schulbau-lage sein. Rein, es waren ja genügend „höhere Schulen“ schon für die Schicksaligen da: Es gab Vorklassiker für Gymnasien, Oberreal- und Realgymnasien für höhere Töchter, d. h. für die „Gutten“, und, falls diese gefüllt waren, konnte eine der zahllosen Privatschulen gewählt werden. Hatte bis dahin der „bessere“ Knabe oder das „bessere“ Mädchen vielleicht ganz gern auf dem Spielplatz mit dem

„armen“ Knabe gespielt, so ging von nun an ein Riß durch die kleine Gesellschaft. Von Jahr zu Jahr verbreitete sich dieser Spalt, ja, er wuchs aus zur Misachtung aus der einen, zum Reiz, ja zum Haß auf der Seite des Schülers der Armeschule. Rechte dieser auch begabt sein. Der Weg zur Bildung zu einem Amte war ihm verriegelt; mochte die Natur, den wohlhabenden Schüler viel-maliger behandelt haben. Es waren ja Lehrer und Oberlehrer da, die ihn reich zur Verfassung drückten. War erst einmal das Ein-jährige oder gar das Abiturium erreicht, dann war er über Berg. Gerade für die Befreiung der höchsten Kenner wurde augenschein-lich mehr auf Herkunft und Reichtum, als auf persönliche Tüchtig-keit gesehen. Es ist z. B. kein Geheimnis, daß vor der Revolution die hohen Staatsämter fast ausschließlich mit früheren Bonner „Bräufern“ besetzt wurden, in deren Verbindung nur Adlige und Schenkerische Aufnahme fanden.

Kommt aber die durchaus demokratische Einheitschule zur vol-len Durchführung, dann wird in der Zukunft ganz anders aus-sehen; denn: Es sollen alle Fortschritte weg und Privatschulen ver-bieten. Da eine Trennung der Kinder nur noch der Be-gabung eintreten soll, diese aber bei den Sechsjährigen noch nicht sicher erkennbar ist, müssen alle erst einige Jahre — hier in Dan-zig sind 4 vorgesehen — die Grundschule besuchen. Jede spätere Abtrennung zieht die Begabung und Neigung, die doch schließlich für die Arbeitsbetätigung und den Lebensgang des Kindes ent-scheidend ist, nicht genügend in Rechnung.

Nach dem Besuche der Grundschule trennen sich die Kinder nach ihrer Begabung. Die Durchschnittsgebanten, wohl meistens der über-wiegende Teil, treten jetzt in die Bürgerschule ein, deren Be-zug dem jetzigen der Oberklassen der Volksschulen entspricht, aber erheblich härter als bisher die Ausbildung des Auges, der Hand und des Körpers berücksichtigt. Die Bürgerschule ist die Bildungs-stätte der handarbeitenden Schichten unserer Bevölkerung; sie fällt mit der Grundschule zusammen die großen Räume des ganzen Bildungswesens. Die Ausbildung ihrer Schüler, die in Hand-gehilflichkeit, Anständigkeit, Arbeitslust und ständlicher Zuverlässig-keit vielfach wohl die besten bilden, ist eine besonders wichtige Auf-gabe der Unterrichtsverwaltung.

Die Bürgerschule ist als Schule für die breiten Schichten der Bevölkerung keineswegs von geringem Werte als die neben ihr stehende über sie hinausgehende Mittelschule. Diese soll eine wäch-sende allgemeine Bildung auf den Gebieten geben, die das Leben in Handel und Verkehr und im gewerblichen Schaffen wie auch im neuzeitlichen Geistesleben verlangt; dabei hört sie natürlich auf Ständeschule zu sein, und wird durchaus Begabungsschule. Hier in Danzig erfahren die bestehenden Mittelschulen insofern vorläufig eine Milderung, als ihr jährlich 50 Knaben und Mädchen aus der Volksschule zugewiesen werden sollen, und sie werden zu Stiefern der Einheitschule umgestaltet, wenn die Grundschulen 1924 zum erstenmal durchlaufen sind.

Für diejenigen, die nach ihrer Begabung zur Hochschule ge-langen sollen, baut sich auf der Mittelschule die Oberschule auf; ihr zur Seite folgen der Mittelschule die Berufsschulen, die ent-sprechend den Neigungen der Schüler verschiedenartig gestaltet sein können. Die Fortbildungsschule nimmt nach wie vor die Bürger-schüler auf und behält sie bis zum 18. Lebensjahr.

Auch Fachschulen, Volkshochschulen, wie endlich als Krönung des Ganzen Forschungs- und Kunst-Institute, gehören mit zum Bau der Einheitschule. Zu ihrer Durchführung sind natürlich finanzielle Opfer nötig, die angesichts der Lage der einzelnen deutschen Staa-ten gegenwärtig kaum aufzubringen sind. Je kleiner aber der Staat ist, desto geringer sind natürlich nicht bloß die erforderlichen Mittel, sondern desto einfacher ist auch die Ausführung.

Im kleinen Freistaat Danzig sind nur wenige Millionen er-forderlich, um jedem Tüchtigen die Bahn frei zu machen. Einen guten Anfang bedeuten unsere Grundschulen. Unsere Verfassung stellt ein Schulgesetz in Aussicht. Möge bei dessen hoffentlich baldiger Beratung der Senat wie der Volksrat die große Bedeutung der Einheitschule für Volk und Staat nicht vergessen. Möge ihnen vielmehr das Wort des Philosophen Friede in Herz und Sinn sein, das in ebenfalls schwerer Zeit schrieb:

„Deshalbige Volk, welches bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das mächtigste und glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, bereichert von den Zeitgenossen und ein Vorbild der Nachahmung für sie.“

Merz.

Danziger Nachrichten.

Förderung der Wäschereier in Danzig.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Ein Versuch, die Wäschereier in das Handwerk einzu-zubeziehen und für eine handwerksmäßige Ausbildung der Wäschereierinnen zu sorgen, mihlang im Jahre 1911. Heute ist man zu der Einsicht gekommen, daß alles geschehen muß, den Frauen Beschäftigung zu verschaffen und sie durch zweckmäßige Vorbildung zu befähigen, lohnende Arbeit zu erhalten. Auf dem Gebiet der Wäschekonfektion liegen Auf-gaben, die, wenn sie richtig gelöst werden, den Frauen nicht nur reichlichen Verdienst versprechen, sondern auch zur Hebung der gesamten Wäscheindustrie im Freistaat führen können. Wenn sich nämlich Danzig durch Ausbildung tüch-tiger und zahlreicher Kräfte auf den Export von Arbeiter-konfektion und Wäsche einzurichten in der Lage ist. Jetzt stehen die Dinge so, daß der Bedarf an Wäsche nicht in Dan-zig gedeckt werden kann, weil es an ausgebildeten, leistungs-fähigen Kräften fehlt. Die fertige Damenswäsche muß zum großen Teil aus Deutschland bezogen werden. Mit der Arbeiterkonfektion steht es ebenso. Der minderbezahlte Mittelstand wird in der Wäschereierlei Gelegenheit haben, angemessenen Verdienst und Aufstieg zu finden, und ein großer Teil der weiblichen Personen, die heute den überfüllten Lauf-männischen Berufen zuströmen, werden in dem neuen Hand-wert dauernde Beschäftigung erhalten. Nachdem der Senat sein Interesse an einer handwerksmäßigen Ausbildung der Wäschereierinnen kundgetan hat, richtet der Verein Frauen-wohl mit der Gewerkschaft einen Meisterkursus für Wäsche-reierinnen ein, um die Grundlagen für eine handwerks-mäßige Erziehung und Ausbildung zu schaffen. Geht aus dem Meisterkursus eine genügende Zahl von Meisterinnen hervor, so ist der Senat bereit, eine sich dann bildende In-nung anzuerkennen, und das Gewerbe der Wäschereierlei untersteht dann denselben Bestimmungen wie die Wag-macherei und Damenschneiderei.“

Die Gewerbenovelle vom 30. 5. 08, die für den Freistaat Gültigkeit hat, gestattet, daß Personen, die vor dem 1. 10. 79 und solchen, die vor dem 1. 7. 89 geboren sind, unter gewissen Voraussetzungen das Recht erlangen, Lehrlinge anzuleiten, auch wenn sie keine Meisterprüfung abgelegt haben. Bestim-mungen der Gewerbenovelle gestatten dann auch unter ge-wissen Voraussetzungen den Besuch eines Meisterkursus, dem sich eine Meisterprüfung anschließt. Der von der Gewerbe-halle gemeinsam mit dem Verein Frauenwohl geplante Meisterkursus für Wäschereier findet im August in der Zeit von 5-8 Uhr abends statt und hat eine Dauer von 10 Wochen. Nach Abhaltung des Kursums nach Anerkennung der zu bildenden Innung haben nur noch solche Personen das Recht, Lehrlinge auszubilden und anzuleiten, die im Besitz der obengenannten Befugnis sind oder solche, die die Meisterprüfung bestanden haben. Auch die Wäschereierlei kann dann nur handwerksmäßig betrieben werden, und damit wird ein wichtiger und wertvoller Schritt vorwärts in der Entwicklung des Danziger Gewerbes getan. Anmeldun-gen für den Meisterkursus sind möglichst bald zu richten an die Geschäftsstelle des Vereins Frauenwohl, Javengasse 23, 1. Treppe, die jede diesbezügliche Auskunft erteilt und For-mulare für Anträge abgibt.“

Wenn auch in der jetzigen Zeit alle Bestrebungen auf Förderung des Handwerks zu begrüßen sind, so muß jedoch unter allen Umständen verhindert werden, daß diese neuen Handwerksbetriebe etwa versuchen, durch eine große Be-zugszucht und auf Kosten der Gesundheit und Arbeits-kraft der weiblichen Personen Konkurrenzfähig zu werden. Leider bestehen auf diesem Gebiet ja die allertraurigsten Ge-fahren. Die Gewerkschaften werden hier rechtzeitig vor-bauen müssen.

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Ja, Mary, Verzweiflung kann zur unheilbaren Krankheit wer-den; doch ich weiß, daß Sie nicht der Fall sind. Sie sind bloß über-müdet. Probieren Sie sich aufzuraffen.“ Er griff, mit einem Ver-luch zu scherzen, nach ihrer Hand.

„Mut, Mary, Sie werden das Nord-Lal verlassen.“
„Sie wandte sich zu ihm und sah ihn an. „Werde ich?“ fragte sie gleichgültig und betradete sein Gesicht. „Wer sind Sie, Joe Smith? Was tun Sie hier?“

„Ich arbeite in einer Kohlengrube“ — lachte er, noch immer bemüht, sie aufzuheitern.

Doch fuhr sie mit dem gleichen Ernst fort: „Ich weiß, daß Sie kein Arbeiter sind. Immer bieten Sie mir Rufe an, sagen, daß Sie etwas für mich tun können.“ — Sie versuchte, der alte tüchtige Ausdruck zu zeigen auf ihrem Gesicht. „Sie können sich nicht vor-trefflich, Joe, wie mir dünkt. Ich bin bereit, etwas Ver-wundenes zu tun; lassen Sie mich lieber in Ruhe, Joe.“

„Ich glaube, ich kann Sie verstehen.“ Was immer Sie täten, Mary, ich würde Sie nicht verurteilen.“

Sie nahm seine Worte halbiert auf: „Wirklich, Joe, wirklich?“ Dann will ich von Ihnen die Wahrheit hören, mich mit Ihnen auseinandersetzen.“

„Gut, Mary, was gibt's?“

Ihr Trost war plötzlich geschwunden; sie senkte die Augen, sahte nervös an einer Rockfalte. „Es handelt sich um uns, Joe.“ — legte sie. — „Wissen Sie, ich glaube, Sie haben mich lieb, glaube Sie sind gerne mit mir zusammen — nicht bloß weil Sie mich be-dauern, aber meiner selbst willen. Ich bin nicht sicher, doch muß ich es manchmal glauben. Ist es so?“

„Ja“ — erwiderte er, ein wenig unsicher. — „Ich habe Sie wirklich lieb.“

„Aber kann ich Ihnen die Wahrheit sagen, nicht?“

„Das stimmt nicht.“

„Sie können doch nicht zu gleicher Zeit zwei Mädchen lieb haben?“

Er wußte nicht, was zu erwidern. „Mir scheint, als könnte ich es.“

Wieder hob sie die Augen zu seinem Gesicht. „Sie haben mir von dem anderen Mädchen erzählt, und ich dachte, es sei vielleicht bloß eine Ausrede. Vielleicht liegt die Schuld an mir, doch kann ich nicht recht an das andere Mädchen glauben, Joe.“

„Sie irren, Mary“ — antwortete er rasch. — „Ich habe Ihnen die Wahrheit gesagt.“

„Mag sein“ — meinte sie, doch lag keine Ueberzeugung in ihrem Ton. „Sie sind von ihr fortgegangen, gehen nie zu ihr, sehen Sie nie: es ist immer zu glauben, daß Sie so handeln, würden, stünde sie Ihnen sehr nahe. Ich kann nicht glauben, daß Sie sie von ganzem Herzen lieben.“ Und Sie sagen selbst, Sie hätten mich gern.“

„Sie hielt inne, zwang sich, seinen Blick zu ertragen. „Ich habe versucht, mir darüber klar zu werden. Ich weiß, Sie sind zu gut für mich, Joe. Sie kommen aus einer höheren Klasse, haben ein Recht auf andere Frauen.“

„Das ist es nicht, Mary!“

Sie schnitt ihm das Wort ab: „Ich weiß es doch, Sie wollen mich bloß nicht trüben, ich habe immer versucht, den Kopf hoch zu tragen, nicht ganz zum Teufel zu gehen; habe auch versucht, heller zu sein, um nicht der ewig jammernden Frau Zamboni zu gleichen. Doch hat es keinen Sinn, sich selbst zu belügen. Ich bin in der Kirche gewesen und habe den ehrwürdigen Herrn Spragg ver-lieben hören, daß Arme und Reiche gleich sind vor dem Angesichte Gottes. Das mag sein, doch Sie sind nicht Gott, und muß zugeben, daß es mich beschämt, an so einem Orte leben zu müssen.“

„Gott kann aber doch kein Interesse daran haben, daß Sie hier bleiben.“

Sie unterbrach: „Was mich alles so schwer ertragen läßt, ist, daß ich weiß, was für wundervolle Dinge es auf der Welt gibt.“

„Sie sind nicht glücklich, fast ist mir, als sähe ich Sie im Laden durch das Schaufenster. Denken Sie sich bloß, Joe Smith, einmal hätte ich in der Kirche von Herridan eine Dame herrliche Musik hören — ein einziges mal in meinem ganzen Leben! Können Sie sich vorstellen, was das für mich bedeutet hat?“

„Ja, Mary, das kann ich.“

„Schon vor Jahren ist mir alles klar geworden, wußte ich, um welchem Preis eine Arbeiterin bereit Dinge bezahlen muß und was das mit mir selbst, daran zu denken. Wie habe ich diesen Ort ge-hört fortgezogen — aber dafür gab es ja bloß eine Möglichkeit, mit einem Manne zu gehen. Darum ging ich nicht, ich bin ein anstän-diges Mädchen geblieben, Joe, das müssen Sie mir glauben.“

„Selbstverständlich, Mary.“

„Rein, das ist gar nicht so „selbstverständlich“. Ich und all habe ich Jeff Cotton angeschaut und an die Dinge gedacht, nach denen er mich verlangt, und dann doch darauf verzichtet. Nun aber hat es mich erfaßt, wonach eine Frau mehr verlangt, als nach einem anderen auf der Welt.“

Sie sprach einen Augenblick. — „Alle sagen Sie, man dürfe bloß jemand aus seiner eigenen Klasse lieben; so hat auch meine Mutter vor ihrem Tode zu mir gesprochen. Wie aber, wenn man andere sieht, wenn man darüber nachdenkt, was es heißt, ein Kind nach dem anderen zu haben, bis man zusammenbricht — wie meine alte Mutter? Wenn man gute Manieren unterscheiden kann — unter-essante Gespräche zu führen weiß.“ — Sie schlang die Hände ineinander. — „Ah, Joe, Sie sind so anders, so anders als alle an-derer! Kein Bergmann hat je so freudig gelacht, wie Sie, Joe, wenn Sie mich ansehen, hört mein Herz fast zu schlagen auf.“ — Mit einem tiefen Seufzer verstumte Mary und er sah, wie sie nach Selbstbeherrschung rang. Dann sagte sie trostlos: „Und doch warman mich alle, ich sollte vorzüglich sein, man dürfe so einen Mann nicht lieben, es könne einem bloß dabei das Herz brechen.“

Schwiegen. Der Amateur-Soziologe mußte für dies Problem weder eine abstrakte, noch eine konkrete Lösung.

(Fortsetzung folgt.)

UT Lichtspiele

GOLIATH ARM/TRONG

DER HERKULES/ DER SCHWARZE BEIGE

DER GROSSE AMERICANUM/ UNTERWARTUNG/FILM IN ABTEILUNGEN

Vom 5. bis 11. August:
III. Teil.

Das Haus der 1000 Gefahren!

Der Schatz der Azteken!

Drama in 6 Akten von Carl Heinz Helling.

MODERNE KUNST LICHTSPIELE LANGFUHR AM MARKT

Heute der russische Großfilm

Sklaven der Sinne

nach dem Roman „Der Idiot“ aus dem russischen Sittenleben.

7 Akte mit den besten Künstlern.
Asta Nielsen Alfred Abel
Lydia Salomanowa Walter Jansson

Ein Filmwerk von seltener Schönheit.
Erzielte überall große Erfolge.

Georg Bully
Der König der Diebe.

Stuart Webbs
Detektiv-Kolosalfilm.

Neuester Wochenbericht.

Rüchenschmöbel

wegen Aufgabe des Geschäftes zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft

Wisniewski, Südfriedstraße 14, part.

Sommersprossen verschwinden!

Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Prucht, Hannover P. 491 - Südfriedstr. 23A.

Rührmaschinen!

neu u. gebraucht, Teilzahl, gefertigt, best. Sie bill. bei L. Fenzlau & Co., Dangig, Petrusillengasse 9. Tel. 1113.

Puppen

fertigt u. repar. Perücken portofrei. Mein Laden: E. Winkler, Johannis. 63.

Räumungsverkauf

Möbel aller Art

zu niedrigsten Preisen.

Jeder Möbelkäufer erhält 1 Bild als Präsent

Dagobert David Nahl

Nur Altstadt, Graben 11

Julius Goldstein

Junkergasse 2-4 Lawendalgasse 4

gegenüber der Markthalle

Billigste Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und Damen-Wäsche, Strickwolle, Trikotagen und Schürzen

Spezial-Abteilung: Damen- und Kinderputz

Anfertigung sämtlicher

DRUCKSACHEN

Ingeschmuckter und ausbarer Ausstattung

Massenaufgaben

In kürzester Zeit zu billigsten Preisen

Kataloge - Broschüren
Zeitschriften - Bücher

Buchhandlung

Sozialistische Literatur
in grösster Auswahl

Danziger Volksstimme

Fernsprecher 3299 Am Spandhaus 6 Fernsprecher 720

Erdal

Je größer die Dose, desto wertvoller der Inhalt. Je besser die Schutzpackung, desto länger halten die Lebensmittel. Spare durch

Erdal

Stroh-Panama-Velour-Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendalgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle).

Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Was wir zum Dominik bieten!

In unserer Leinen-Abteilung

Prima Wäschetuch ca. 80 cm breit Meter	9.80
Renforcé starkfädige Ware, ca. 80 cm breit Meter	11.75
Renforcé feinfädige Qualität, ca. 90 cm breit Meter	13.50
Handtuchstoff mit bunter Webkante Meter	7.25
Handtuchstoff Gerstenkorn, geblickt Meter	8.50
Linon mit Leinenappretur, 80 cm breit Meter	12.75
Züchen in hellen und dunklen Mustern Meter	12.75
Inlett Oberbettbreite, 180 cm breit, federdicht Meter	35.00
Inlett Kleinenbreite, 80 cm breit, federdicht Meter	19.75
Schürzenstoff doppelt breit Meter	19.75

In unserem Waschstofflager

Balist bedruckt, Vielfarbandruck, 90 cm breit Meter	12.50
Sportleinen imitiert Meter	12.75
Weiß Volle ca. 120 cm breit Meter	21.50

In unserem Herrenwäschelager

Selbstbinder waschbar, in vielen Ausführungen Stück	2.50
Strickbinder sehr hübsche Muster Stück	10.75
Sportkragen Pikee Stück	4.75
Hosenträger Gummi- und Lederstrippo Paar	13.50

Schürzen und Taschentücher

Wiener Schürzen hell und dunkel	14.75
Blusen-Schürzen aus prima Stoffen in guter Verarbeitung	19.75
Damen-Balist-Tücher mit Hohlsaum u. gest. Ecke	3.75
Herren-Linon-Tuch gebrauchsfertig	4.25

Strümpfe und Handschuhe

Herren-Socken farbig und schwarz Paar	9.50
Damen-Strümpfe gute haltbare Qualität Paar	14.50
Damen-Handschuhe stuhlgewebt, farbig Paar	7.50
Damen-Handschuhe farb., Leinwandersatz Paar	10.50

In unserer Herrenkonfektion

Herren-Anzüge in modernen Dess. und neuesten Formen	775.00, 650.00, 560.00
Jünglings-Anzüge l. reich. Auswahl	550.00, 450.00, 390.00
Loden-Joppen leichte Sommerstoffe	350.00, 275.00, 235.00
Flanellhosen für Strand und Sport	330.00, 300.00, 255.00
Lüster-Sakkos in allen Größen	315.00, 240.00, 210.00
Herren-Anzugstoffe p. Mtr.	220.00, 190.00, 100.00
Sommermäntel bedeutend im Preise ermäßigt.	

Beachten Sie unsere Fenster!

Walter & Fleck